

Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin vom 07. – 09. Dezember 2017

Beschluss - Nr. 6

Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn

Einleitung

Am 24. September 2017 haben wir mit nur 20,5 Prozent der Zweitstimmen unser schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Das ist nicht nur eine weitere Niederlage auf Bundesebene nach 2005, 2009 und 2013, sondern auch ein Indiz für die europaweite Schwäche der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist ein desaströses Ergebnis, das uns kein Mandat für eine Regierungsbeteiligung gibt und auch unser Selbstverständnis als Volkspartei in Frage stellt.

Nur wenn wir die Ursachen dieser Niederlage schonungslos und ohne Vorbehalte aufarbeiten, eröffnet sich die Chance, zu neuer Stärke und Gestaltungskraft zu gelangen. Dies zu tun ist unsere Pflicht, weil die Herausforderungen unserer Zeit nach einem starken sozialdemokratischen Politikansatz verlangen. Sozialdemokratie ist kein Selbstzweck, sondern wir haben uns gegründet, um das Leben der Menschen besser zu machen.

Die Dialogveranstaltungen mit unseren Mitgliedern und der Austausch mit vielen engagierten Menschen in den letzten Wochen waren ein erster und wichtiger Schritt, um zu neuer Stärke zu gelangen. Nun brauchen wir den Mut, vergangene Fehler aufzuarbeiten, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und sie konsequent in politisches Handeln umzusetzen. Wir wollen aber auch darauf schauen, was heute in unserer Partei und anderen uns nahestehenden Bewegungen gut funktioniert und wie wir davon lernen können.

Für unseren Aufbruch brauchen wir eine klare Orientierung, die auf unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität basiert. Wir brauchen Leidenschaft, um Begeisterung für Politik und die Suche nach dem besten Weg in eine gute Zukunft zu wecken. Dafür brauchen wir eine grundlegende Erneuerung.

Mit unserem Arbeitsprogramm #SPDerneuern beschreiben wir, wie wir diese Erneuerung in den nächsten Jahren erreichen wollen. Dabei geht es um drei Fragen: In was für einer Gesellschaft leben wir heute, vor welchen Veränderungen steht unser Land und wie ist unsere Vorstellung darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen? Welche Gestaltungsaufgaben ergeben sich daraus für sozialdemokratische Politik? Wie stellen wir die SPD programmatisch, strategisch und organisatorisch neu auf?

I. Welt im Wandel. Einordnung unserer Politik.

Die ersten beiden Jahrzehnte unseres Jahrhunderts waren geprägt von dramatischen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und internationalen Beziehungen, die in ihrer Schnelligkeit ohne Beispiel in der Geschichte sind. Diese Veränderungen sind vor allem gekennzeichnet von einer sich täglich beschleunigenden digitalen Technologie, sowie durch verstärkte weltweite Wirtschafts-, Finanz- und Handelsbeziehungen, die den Rahmen nationaler Politik längst überwunden haben. Sie erfassen die gesamte Menschheit und haben die globalen Machtverhältnisse und alle Gesellschaften grundlegend verändert.

Diese neuen globalen und digitalen Entwicklungen in allen Bereichen bergen die Chance, dass die Menschen in ihrer Selbstbestimmung, ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe gestärkt werden. Die digitale Entwicklung in der globalisierten Wirtschaft entfesselt Kräfte, die Wohlstand und Sicherheit für alle schaffen können, wenn politisch die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Aus diesen Megatrends ergeben sich großartige Chancen für eine Wissensgesellschaft, für die Revitalisierung unserer Demokratie und für internationale Kooperation. Das ist das große Versprechen des 21. Jahrhunderts.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Deutschland, in Europa und in der Welt ist es, für die Erfüllung dieses Versprechens zu streiten. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel so zu gestalten, dass technische Entwicklung zu sozialem Fortschritt wird und die Globalisierung zu gerechter Teilhabe aller an gesellschaftlichem Wohlstand, mehr Demokratie, zu mehr Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Überwindung von Ungleichheiten, zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung in einer offenen und toleranten, den Frieden bewahrenden Welt führt.

Der Ausgangspunkt der Sozialdemokratie, um diese Aufgabe zu erfüllen, ist der Wert und die Würde der Arbeit. Menschliche Arbeit ist die Quelle allen Wohlstands. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte gingen und gehen jedoch in eine andere Richtung: Der Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen wurde immer weiter zurückgedrängt. Der wachsende Anteil von leistungslosem Einkommen aus Erbschaften und Finanzspekulationen behindert zunehmend das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft. Die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen bedroht den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und unsere Volkswirtschaften. Wissend um die Quellen unseres Wohlstandes, setzen wir deshalb auf das Modell der solidarischen Arbeitsgesellschaft.

Wir wollen mit einer ambitionierten Klimapolitik unseren Beitrag dazu leisten, den Klimawandel zu verlangsamen und seine Folgen für Mensch und Umwelt zu verringern. Deutschland muss bis 2050 weitestgehend treibhausneutral sein. Klimaschutz ist kein Luxus, den sich ein Staat in guten Zeiten gelegentlich leisten kann. Wir müssen dem Klimawandel jetzt und heute mit wirksamen Maßnahmen entgegenreten. Den schon heute absehbaren Strukturwandel in der Energiewirtschaft und anderen Industriesektoren wollen wir politisch begleiten. Dabei nehmen wir die Sorgen und Interessen der Beschäftigten sehr ernst, die von diesem Strukturwandel betroffen sind. Deshalb kümmern wir uns darum, dass Strukturen auf- und ausgebaut werden, die an die industrielle Tradition anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern. Die Energiewende bis 2050 muss dazu in eine nachhaltige Modernisierungsstrategie des Modells Deutschland eingebettet werden. Wir müssen gemeinsam sozial- und wirtschaftsverträgliche Pfade beschreiben, die eine Einhaltung der nationalen und europäischen Klimaziele unter Beibehaltung unseres Wohlfahrtsniveaus ermöglichen. Und wir müssen wirtschaftliche Entwicklung, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammenbringen. Dazu gehört energiepolitisch, dass Versorgungssicherheit für Industrie und Verbraucher auf dem derzeitigen hohen

Niveau erhalten und wettbewerbsfähige Energiekosten gesichert werden können. Wir werden Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen.

Wer die Errungenschaften, die die soziale Demokratie in der Vergangenheit erstritten hat, auch im 21. Jahrhundert bewahren, verteidigen und erweitern will, muss europäisch und global handeln. Deshalb gilt es zu verhindern, dass die globalisierte und digitalisierte Welt von einigen wenigen als Instrument zum Abbau von Rechten missbraucht wird und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht. Denn Globalisierung und Digitalisierung bedeuten auch, dass neue soziale und wirtschaftliche, sowie politische und kulturelle Widersprüche deutlich zu Tage treten. Es stellen sich also neue Gerechtigkeitsfragen, die sozialdemokratische Politik beantworten muss. Gerechtigkeit und Fortschritt immer zusammen zu denken, ist das Alleinstellungsmerkmal unserer Politik. Einen solchen sozialen Fortschritt müssen wir national, aber vermehrt auch international gestalten, damit die digitale Globalisierung eben nicht zu weniger Demokratie, zu weniger Schutz der Lebensgrundlagen, zu weniger Sicherheit im Alltag führt.

Denn bei allen Chancen führen die globalen Entwicklungen auch zu neuen Unsicherheiten und Identitätskrisen, die sich auch in der neuen Stärke von populistischen Bewegungen weltweit widerspiegeln. Besonders in den industrialisierten Ländern empfinden Menschen, dass die Nationalstaaten an Grenzen kommen. Gerade Verteilungsgerechtigkeit herzustellen gestaltet sich immer schwieriger, sowohl global, als auch national. Dem muss sich die Sozialdemokratie stellen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, nicht ausreichend als Individuen respektiert zu werden und die Anerkennung für ihre Lebensleistung und ihr tägliches Schaffen zu bekommen. Praktisch gesprochen: Wenn Mieten immer weniger bezahlbar werden, das Rentenniveau sinkt, das Gesundheitssystem ungerecht ist und die Lebenschancen ungleich verteilt sind, wird dem Staat und den demokratischen Parteien immer weniger zugetraut, alltägliche Probleme zu lösen.

Das ist auch die Folge einer Ideologie, die seit Jahrzehnten einer Staatsverachtung huldigte und der sich teilweise auch sozialdemokratische Bewegungen in Europa nicht entschieden genug entgegengestellt haben. Der ungebändigte Neoliberalismus hat nicht nur weltweit, sondern auch mitten in Europa zu eklatanten Fehlentwicklungen geführt. Merkmal dieser Ideologie ist die Einschränkung der Staatstätigkeit zugunsten des Marktes. Im Zuge dieser Entwicklung kam auch bei uns eine auf sozialen Ausgleich zielende staatliche Wirtschaftspolitik unter Druck. In der Folge wurden öffentliche Unternehmen oder öffentliche Güter privatisiert und dem Wettbewerb übergeben (kommunale Betriebe, Wasser, Energie, Gesundheitswesen).

Deshalb muss die SPD den Mut haben, ihre eigene Politik der letzten 20 Jahren zu hinterfragen und darf dabei auch nicht davor zurückschrecken, grundsätzliche Fragen zu stellen, Widersprüche unserer Wirtschaftsordnung zu problematisieren und Antworten darauf zu entwickeln. Die Rolle des Staates im Sinne eines handlungsfähigen Staates muss neu thematisiert werden. Wir wollen einen Staat, der die Wirtschaft reguliert und Märkte gestaltet, Innovationen fördert, soziale und öffentliche Sicherheit, öffentliche Güter und Dienstleistungen bereitstellt und verhindert, dass öffentliche Güter einer reinen Marktlogik unterworfen werden (Bildung und Betreuung, Gesundheit, Pflege, Sicherheit, Wohnen).

Bei vielen Menschen gibt es ein starkes Bedürfnis nach Gemeinschaft, einem guten Miteinander und einer gestaltenden Politik, die Menschen auf Augenhöhe zusammenbringt. Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland in sozialen, kulturellen und lokalen Bewegungen sowie in Gemeinde-, Stadträten und Kreistagen für unser Gemeinwesen. Sie sind unsere Partnerinnen und Partner bei dem Bemühen, unser Land besser, sicherer und gerechter zu machen und die Chancen des digitalen und globalen Jahrhunderts in Wohlstand für alle umzuformen.

Unsere Gesellschaft ist in den letzten Jahrzehnten moderner, toleranter und weltoffener geworden. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass Teile der Bevölkerung mit dieser gesellschaftlichen Modernisierung hadern oder nichts mit ihr anfangen können. Dies zu thematisieren ist Aufgabe der SPD, die für die gesamte Bevölkerung Politik macht.

Wenn wir darüber sprechen, was Deutschland stark gemacht hat, dann sprechen wir über das sozialdemokratische Modell der Arbeitsgesellschaft: Eine starke Industrie, gut ausgebildete Fachkräfte, einen leistungsfähigen Sozialstaat, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Tarifverträge. Vor allem eine hohe Tarifbindung war über Jahrzehnte Garant dafür, dass der Wohlstand auch bei denjenigen ankam, die ihn durch ihre Arbeitskraft erwirtschaftet haben. Arbeit ist aber immer weniger durch Tarifverträge, Ordnung und Sicherheit geprägt. Vor allem in Ostdeutschland gibt es immer mehr Betriebe, in denen es überhaupt keinen Tarifvertrag (mehr) gibt. Die Folge ist ein niedrigeres Lohnniveau, eine ungerechte Verteilung der Einkommen, schlechtere Arbeitsbedingungen oder schlechtere Qualifizierung und Ausbildung. Es zeigt sich: Die soziale Spaltung des Arbeitsmarktes beginnt da, wo die Tarifbindung endet.

In einer globalisierten und sich schnell verändernden Welt haben viele Menschen ein Gefühl des politischen und persönlichen Kontrollverlusts und kulturelle Verlustängste. Unsere Antwort darauf sind starke, handlungsfähige, soziale und weltoffene Städte und Gemeinden. Hier ist der Ort an dem sich entscheidet, ob man sich sicher und geborgen – eben zu Hause fühlt. Hier müssen alle ihre Umgebung, ihr Wohnumfeld, ihre Heimat mitgestalten und Verantwortung übernehmen können. Dafür wollen wir die Kommunen finanziell ausreichend ausstatten.

Unsicherheit erleben die Menschen auch auf internationaler Ebene. Die Welt scheint aus den Fugen: Klimawandel, Hunger und Armut sind die Schattenseiten der Globalisierung, Gewissheiten der internationalen Ordnung geraten ins Wanken. Länder wie China oder Russland beeinträchtigen auf gefährliche Weise eine internationale Friedensordnung, indem sie ein autoritäres Staats- und Gesellschaftsverständnis propagieren, das sie als erfolgreicherer Modell als die westliche Idee einer aufgeklärten Gesellschaft und einer sozialen Demokratie betrachten. Die USA unter Präsident Trump untergraben die internationale Ordnung, deren Stabilität sie lange geprägt haben. Erreichte Fortschritte, wie beim Klimaschutz (Paris-Abkommen) oder der Abrüstung (Iran-Abkommen), geraten in Gefahr. Außerdem gibt es zunehmend nicht-staatliche Akteure, die mit einem radikalen Nationalismus, religiösem Fanatismus und Terror globalen Einfluss nehmen wollen. Aber auch manch weltweit operierender Konzern untergräbt mit einer Strategie der Steuervermeidung und der unzulässigen Einflussnahme auf Politik das Primat der demokratischen Entscheidung. Die internationale Staatengemeinschaft ist derzeit nicht in ausreichendem Maße in der Lage, diesen Gefahren adäquat zu begegnen, kriegerische Auseinandersetzungen zu befrieden, humanitäre Katastrophen zu bewältigen und globale Gerechtigkeit herzustellen.

Auf diese Entwicklungen muss ein stärkeres Europa Antworten geben und zu Lösungen beitragen. Ein demokratisches und soziales Europa ist unser Beitrag zu einer friedlichen und gerechten Welt, die den Menschen auf unserem Kontinent und weltweit eine gute Zukunftsperspektive gibt. Stattdessen befindet sich die EU aber weiterhin im Krisenmodus. Mit dem Vereinigten Königreich hat sich erstmals ein Mitgliedsstaat aufgemacht, die Europäische Union zu verlassen. In vielen Fragen ist keine gemeinsame Linie der EU-Mitgliedsstaaten erkennbar, etwa in der Migrationspolitik oder bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Die neoliberale Austeritätspolitik, die in den vergangenen Jahren vor allem von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble durchgesetzt wurde, hat dazu geführt, dass viele Menschen vor allem im Süden Europas keinen positiven Bezug zur europäischen Idee mehr haben. In einigen Mitgliedsstaaten der EU ist zudem autoritäres Denken zwischenzeitlich Regierungshandeln geworden.

Zugleich gibt es ermutigende, pro-europäische Impulse, etwa der französischen Regierung und von pro-europäischen Bewegungen wie „Pulse of Europe“, die einen offenen und konstruktiven Partner in der deutschen Politik suchen. Dieser Partner wollen wir sein.

Die SPD ist die Europapartei und hat bereits in ihrem Heidelberger Programm von 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Dass die SPD gleichzeitig die "vor-Ort-Partei" sein muss, ist dabei kein Widerspruch. Unser Anspruch als Volkspartei ist es, den Menschen zuzuhören und mit unseren Politikangeboten an ihrem Alltag anzuknüpfen. Klar ist aber auch: Die globalen Herausforderungen unserer Zeit, die das Leben der Menschen in unserem Land direkt betreffen, müssen international und europäisch beantwortet werden. Die SPD muss also sowohl regional stark präsent, als auch europäisch und weltweit vernetzt sein und gleichzeitig eine langfristige und übergeordnete Orientierung geben, wie wir die Zukunft unseres Landes in einer globalisierten Welt gestalten wollen.

II. Das Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017

Für unseren Neuaufbruch ist eine tiefe und ehrliche Analyse der Fehler und Versäumnisse der letzten Jahre notwendig. Die historische Wahlniederlage der SPD in diesem Jahr lässt sich nicht mit einer einzigen Ursache erklären.

Der SPD ist es bei den letzten vier Bundestagswahlen nicht gelungen, zu einer Mehrheit zu kommen, die uns den Auftrag zur Regierungsbildung gegeben hätte. Zum Jahreswechsel 2016/2017 war die SPD sogar in Umfragen unter die 20-Prozent-Grenze gerutscht. Die Gründe hierfür aufzuarbeiten gehört zu einer umfassenden Analyse, die die Grundlage für einen Erneuerungsprozess bildet.

Klar ist aber auch: Es hat Fehler und Fehleinschätzungen beim Bundestagswahlkampf gegeben, über die wir, neben den längerfristigen Versäumnissen, auch sprechen müssen. Insgesamt ist es uns nicht gelungen, angesichts des rasanten gesellschaftlichen und technologischen Wandels und der damit verbundenen Verunsicherungen eine positive und glaubwürdige Vision für eine gute Zukunft und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu vermitteln.

Die Wahlen haben erneut bestätigt, dass die langfristige Wählerbindung der Volksparteien abnimmt und Wechselwählerinnen und -wähler zunehmen. Wählten 1998 noch 48 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter die SPD, kamen 2017 gerade mal beide Volksparteien zusammen in etwa auf den gleichen Wert. Die SPD erreicht in nahezu allen sozialen Milieus gleich schlechte Zweitstimmenergebnisse. In den Ländern schwanken die Ergebnisse von 10,5 Prozent in Sachsen bis 27,4 Prozent in Niedersachsen. Seit 2005 haben sich die Wählerstimmen für die SPD mehr als halbiert. Die SPD hat vor allem Zuspruch und Rückhalt bei Wählerinnen verloren. Bei der Bundestagswahl 1998 haben noch 41 Prozent der Frauen ihr Kreuz bei der SPD gemacht, am 24. September 2017 waren es nur noch 21 Prozent. Bei den 18- bis 44-Jährigen haben nur noch 18 Prozent der Frauen für die SPD gestimmt. Das zeigt: Viele Frauen fühlen sich mit ihren Anliegen von der SPD nicht wahrgenommen. Ihr Vertrauen wieder zu gewinnen, muss zentrales Ziel des Erneuerungsprozesses sein.

Die SPD hat ein Zutrauens- und ein Wahrnehmungsproblem. So wurden die sozialen Erfolge der Großen Koalition nicht mit der SPD verbunden. Dramatischer noch: Eine Mehrheit in der Bevölkerung bescheinigt uns, die SPD hätte sich zu wenig um die gerechte Verteilung des Wohlstands gekümmert. Sichere Renten, gute Bildung und gerechte Löhne liegen zwar regelmäßig ganz oben im Ranking der wichtigsten Wahlmotive. Dies führte allerdings nicht zu einem Kreuz bei der SPD, weil uns entweder nicht geglaubt oder keine Lösung zugetraut wurde,

die umsetzbar ist. Selbst beim Thema Rente, für das CDU und CSU kein Konzept vorgelegt haben, wurde der Union am Ende eine höhere Kompetenz zugetraut als der SPD. Die Fülle sozialdemokratischer Wahlzusagen und die wahrgenommene Sprunghaftigkeit bei wichtigen Themen in den letzten Jahren hat eher Zweifel an unserer Verlässlichkeit genährt. Beim Thema Innovationen und Wirtschaft wurde unserer Partei deutlich zu wenig Kompetenz zugeordnet. Vielen Wählerinnen und Wählern war insgesamt nicht klar, wofür die SPD steht.

Wir müssen uns eingestehen, dass wir es in den letzten vier Jahren nicht geschafft haben, die dringend notwendige Polarisierung zwischen den Volksparteien herzustellen. Das hat mit dem entpolitisierenden Stil Angela Merkels zu tun, aber auch mit der Konstellation als kleiner Partner in einer Großen Koalition. Wir haben es zugelassen, dass der Eindruck entstehen konnte, als sei die Große Koalition zum Normalzustand der Politik in Deutschland geworden. Seriöse Arbeit in der Regierung ist wichtig, reicht aber nicht aus, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

„Die Partei hat Kompromisse in den Mittelpunkt gestellt, statt ihre Ziele und das bisher Erreichte deutlich zu machen.“ (Dialogveranstaltung Leipzig)

„Es ist uns gelungen, die Sorgen der Menschen zu formulieren, dann müssen wir aber auch sagen, wohin es gehen soll.“ (Dialogveranstaltung Frankfurt)

Entsprechend haben wir in alle Richtungen und in allen Altersgruppen in etwa gleich viele Wählerinnen und Wähler verloren. Unser Themenangebot hat in der Wählerschaft weder besondere Zustimmung noch Ablehnung erfahren, auch, weil bei vielen wichtigen Themen, wie Flüchtlingen, Diesel-Problematik oder auch der Türkei-Frage, aber ebenso bei Steuern, Bildung und innerer Sicherheit unsere Politikangebote offensichtlich zu unscharf und zu wenig unterscheidbar von den politischen Mitbewerbern waren.

Die SPD kann sich immer weniger auf feste Stammwählermilieus stützen. Das beeinflusst auch unsere Programmatik – die SPD besitzt Lösungsansätze für letztendlich alle Politikbereiche, es fehlt jedoch die übergeordnete programmatische Klammer. Daraus folgt, dass die SPD zwar bei vielen Themen präsent ist, aber bei keinem Thema mehr wirklich prägend. Eine verständliche Erzählung, wo wir mit dem Land hinwollen, fehlt und damit eine wesentliche Voraussetzung für echte Zukunftskompetenz. Die SPD will und wird Volkspartei bleiben. Das bedeutet, Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Regionen zu repräsentieren, anzusprechen und für unsere Politik zu gewinnen. Gestützt auf unsere grundwertebasierte Gemeinwohlvorstellung formulieren wir den klaren Anspruch, führende Regierungspartei werden zu können. Dafür müssen wir uns angesichts der zunehmenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft die Frage beantworten, wie wir zu einer wahrnehmbaren und integrativen Erzählung kommen. Die Sozialdemokratie war immer stark, wenn ihr die glaubwürdige Definition der verbindenden Vision gelungen ist, in der sich die Gesellschaft und die Mehrheit ihrer Mitglieder wiederfinden konnten.

„SPD für 2030 aufstellen, nicht nur für den nächsten Wahlkampf. Erst danach überlegen, welche Personen das umsetzen.“ (Dialogveranstaltung Berlin)

Vor allem in Zeiten, in denen Unzufriedenheit und Unsicherheit mit Blick in die Zukunft steigt, reicht es nicht, nur die Gegenwart gut zu verwalten, sondern es braucht den Mut, die Zukunft zu gestalten.

„Mehr Mut – Mut zu eigenen Positionen, Mut zu mehr Ehrlichkeit und Offenheit und Mut, Bestehendes infrage zu stellen.“ (Dialogveranstaltung Kaiserlautern)

Die SPD ist ihrem Anspruch nach Programmpartei. Auf dem Weg zum Regierungsprogramm haben wir in einem großangelegten Dialog unsere programmatischen Positionen erarbeitet. Im Regierungsprogramm und während der Kampagne haben wir neue Ideen für eine bessere Zukunft unseres Landes vorgelegt. Unsere Konzepte für gerechte Steuern und mehr Investitionen, zur besseren Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen (u.a. „Arbeitslosengeld Qualifizierung“, kurz ALG Q), zur Familienarbeitszeit, unser Rentenkonzept und der Zukunftsplan „Das moderne Deutschland“ haben programmatische Maßstäbe gesetzt. Erstmals gab es eine gemeinsame Initiative des Kanzlerkandidaten mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der SPD für eine „Nationale Bildungsallianz“.

All das hat aber offenbar dem Wunsch der Wählerinnen und Wähler nach klarer Orientierung und Einordnung zu wenig entsprochen. Unsere ausdifferenzierte Programmatik einerseits und andererseits der fehlende Mut in wichtigen gesellschaftlichen Streitfragen ein klares Profil zu erarbeiten, haben ein überzeugendes sozialdemokratisches Gesamtangebot nicht erkennen lassen.

Wir haben offensichtlich die neuen Bruchlinien in der Gesellschaft zu selten aufgenommen und konnten daher auch die entsprechenden Konflikte unserer Zeit nicht stellvertretend für die Gesellschaft austragen. Vor allem Frauen fühlen sich von uns nicht mehr angesprochen. Die SPD muss sich künftig stärker an den Lebensrealitäten von Frauen orientieren, ihre Interessen in allen Themenfeldern abbilden und entsprechende Lösungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern aufzeigen. Wenn die SPD Volkspartei bleiben will, muss sie vielfältiger denken und auftreten. Deshalb müssen alle Entscheidungs- und Diskussionsprozesse sowie Gremien grundsätzlich gleichberechtigt mit Frauen und Männern besetzt werden. Ebenso muss gewährleistet werden, dass verschiedene Altersschichten, junge und alte Menschen, gleichberechtigt in Diskussionsprozessen und Gremien repräsentiert sind.

Das gilt aber auch für das Lebensgefühl: Wenn die heutige Lage positiv ist, aber die Unsicherheiten über die Zukunft wachsen, geht ein an Kommastellen von Steuersätzen, Rentenhöhen und Sozialtransfers orientierter Politikansatz an dem Bewusstsein vieler Menschen vorbei, die vor allem das Grundanliegen einer Partei erkennen wollen. Es ist uns also zu wenig gelungen, aus unserem vorhandenen, großen programmatischen Schatz eine Politik „aus einem Guss“ zu formulieren. Die SPD darf nicht von einer Programmpartei zu einer Spiegelstrichpartei mutieren. Diese Erkenntnis muss bei einer grundsätzlichen Überprüfung unserer Kommunikationsarbeit und -strategie sowie bei kommenden Wahlkämpfen besser berücksichtigt werden. Wir brauchen ein klareres, kürzeres und verständlicheres Angebot.

„Die SPD muss die Vision einer wünschenswerten Welt im 21. Jahrhundert formulieren und einlösen.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)

„Vision davon entwickeln, dass es den Menschen besser gehen wird in der Zukunft, statt Diskussionen um einzelne Zahlen der Rentenformel.“ (Dialogveranstaltung Wolfsburg)

Neben den genannten grundlegenden und langfristigen Gründen für die Schwäche der SPD gibt es auch andere Faktoren, die einen Wahlerfolg verhindert haben: Wie schon 2009 und 2013 wurde die späte Kandidaten-Kür vor allem aufgrund der mangelnden strategischen, thematischen und organisatorischen Vorbereitung zur Achillesferse der gesamten Wahlkampfkampagne.

Nach den drei verlorenen Landtagswahlen im Frühjahr 2017 sind wir mit unserer bundesweiten Kampagne nicht mehr auf die Füße gekommen. Es ist uns deshalb nach der Anfangseuphorie nach der Nominierung des Kanzlerkandidaten nicht mehr gelungen, einen Wettbewerb der

beiden großen Parteien auf Augenhöhe zu erreichen und zu einer echten Machtoption zu kommen. Gerade dieser Aspekt hat am Ende des Wahlkampfes zu einer massiven Wählerwanderung weg von den beiden Volksparteien hin zu anderen Parteien geführt.

Außerdem ist es uns nicht gelungen, unsere Kampagne in den letzten Wochen thematisch entscheidend zuzuspitzen. Statt sich wahrnehmbar auf Themen wie Bildung, Rente und Lohngerechtigkeit zu konzentrieren, haben wir zu oft zusätzliche Botschaften setzen wollen oder das Medieninteresse falsch eingeschätzt. Die Wählerinnen und Wähler konnten gerade am Ende nicht mehr erkennen, wo der thematische Schwerpunkt der SPD liegt.

Es bleibt festzuhalten: Nicht die Medien, nicht die Demoskopen und auch nicht die politischen Gegner sind schuld an unserer Wahlniederlage. Der Kanzlerkandidat und die gesamte SPD haben diese Wahl verloren.

Bei aller notwendigen und offenen Auseinandersetzung mit unseren Fehlern gilt es auch, bei den positiven Trends anzuknüpfen, die es im Jahr 2017 für die Partei gegeben hat: So haben sich viele tausende Mitglieder sowie Anhängerinnen und Anhänger beim Wahlkampf mit Leidenschaft und Enthusiasmus engagiert. Auf Kundgebungen im ganzen Land, an denen tausende Menschen teilgenommen haben, an zahllosen Infoständen, bei Hausbesuchen und mit der Hilfe zahlreicher Unterstützerinnen und Unterstützer aus allen gesellschaftlichen Bereichen, wurde für die Sozialdemokratie politische Überzeugungsarbeit geleistet. Über 28.000 Menschen sind im Jahr 2017 der SPD beigetreten. Die innerparteiliche Mobilisierung war insgesamt hoch. Auch im immer wichtigeren Social-Media Wahlkampf hat die Kampagne Maßstäbe gesetzt. Diese Trends sind ermutigend und geben uns die Überzeugung, dass wir wieder strukturell mehrheitsfähig werden können. Auch die Begeisterung für die SPD, die wir im Februar und März nach der Kanzlerkandidatennominierung erlebt haben, belegt das.

III. Die SPD nimmt die Herausforderungen an

Die Sozialdemokratie in Deutschland muss sich für die Zukunft neu aufstellen. Sie ist in Deutschland, wie auch in vielen anderen Teilen Europas, derzeit in der Defensive. Erfolge anderer progressiver Parteien sowie der SPD in einzelnen deutschen Bundesländern zeigen aber, dass es nach wie vor möglich ist, überzeugende sozialdemokratische Angebote zu formulieren. Die SPD wird gebraucht als Partei des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts in Deutschland und Europa.

III.1. Mut zur programmatischen Klarheit

Wir können es uns nicht länger leisten, in den großen Fragen unserer Zeit unklar zu sein. Deshalb leiten wir einen Prozess ein, in dem wir offene und strittige Fragen klären. Hierzu laden wir alle gesellschaftlichen Gruppen ein und gehen aktiv auf sie zu. Denn unser Anspruch ist es, mit der Klärung innerhalb der Sozialdemokratie zugleich eine gesellschaftliche Debatte anzustoßen. Vor allem bei fünf großen Fragen sind programmatische Klärungen für die SPD notwendig:

Es geht *erstens* um die Frage, wie wir die Zukunft Europas als soziale, demokratische und ökologische Antwort auf die Globalisierung gestalten wollen;

zweitens um die Frage, wie wir aus technologischem Wandel, insbesondere der Digitalisierung, sozialen Fortschritt entwickeln werden;

drittens um die Frage, wie wir bestehende Ungleichheiten überwinden können und insbesondere die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen vorantreiben können;

viertens um humane und realistische Antworten auf die Herausforderungen von Flucht und Migration und darum, mehr globale Gerechtigkeit herzustellen und die Fluchtursachen konsequent zu bekämpfen

und *fünftens* um die Frage, wie wir in Zeiten rasanten Wandels gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie stärken können.

Dabei muss unser roter Faden, unser sozialdemokratischer Kompass immer die gerechte Teilhabe aller an gesellschaftlichem Wohlstand sein: Wir stehen für Verteilungsgerechtigkeit, und dafür, dass diejenigen, die mit ihrer Arbeitskraft maßgeblich zur Erwirtschaftung von Wachstum und Wohlstand beitragen, wieder einen gerechten Anteil daran erhalten. Und wir stehen für einen starken Sozialstaat der diejenigen unterstützt, die vor besonderen Herausforderungen stehen, die sie nicht aus eigener Kraft meistern können. Dieser Kampf für gerechte Verteilung, für soziale Gerechtigkeit, der Kampf für einen starken funktionierenden Sozialstaat muss auch die Richtschnur für unser praktisches Handeln in der Regierungsverantwortung sein: Da, wo wir Politik umsetzen, wo wir Gesellschaft gestalten. Vielleicht haben wir uns auch in den letzten Jahren zu sehr hinter dem Ziel versammelt, möglichst geschlossen zu sein. Darum wirkt die Partei von außen oft zu starr und autoritär. Viele Frauen und Männer schreckt dies ab. Die Partei attraktiver zu machen heißt also auch, sie diskursiver und empathischer zu machen und die sozialdemokratische Lust an der Debatte wiederzufinden – zu ringen um die richtigen Lösungen, inklusiv, vielfältig, respektvoll miteinander und öffentlich. Wer moderne Politik machen will, muss auch mal ein Risiko eingehen, statt sich erst nach allen Seiten abzusichern. Meinungsführerschaft heißt nicht, der Meinung hinterherzurrennen. Dieser Prozess der programmatischen Klärung kann nur dann zu überzeugenden Antworten führen, wenn auch die Problemursachen und die Widerstände gegen mögliche Lösungsansätze analysiert und benannt werden. Und er kann nur dann zu neuen politischen Mehrheiten führen, wenn die Debatten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewegungen und Gewerkschaften aufgegriffen und Teil eines politischen Handlungskonzepts werden. Dazu muss die Debatte auch als Teil der praktischen Parteiarbeit auf allen Ebenen organisiert werden.

III.2. Die Zukunftsthemen

a) Die Zukunft Europas

Europa ist bei vielen Herausforderungen Teil der Lösung und nicht Teil des Problems: Wenn es um die Krise in den Beziehungen mit der Türkei und mit Russland geht, um die Bekämpfung des Klimawandels und des Steuerdumpings oder um eine progressive Migrationspolitik, brauchen wir ein handlungsfähiges Europa und kein permanentes „Nein“ aus Berlin. Auf globale Herausforderungen, wie den Klimawandel und die hohen Flüchtlingszahlen, kann es nicht nur nationale Antworten geben, sondern vor allem europäische!

„Dazu brauchen wir Europa und die Europapolitik, für die Klimapolitik und die Steuerpolitik: wir brauchen die Vereinigten Staaten von Europa.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)

„Vision von Europa entwickeln, nicht zulassen, dass es zerbröselt“ (Dialogveranstaltung Wolfsburg)

Es ist Aufgabe der SPD, die zentrale Rolle Deutschlands bei der Gestaltung Europas anzumahnen und den fortschrittlichen Kräften in Europa die Hand zu reichen. Wir sind die Europapartei

in Deutschland. Wir streben eine Neugründung in Europa und eine Erneuerung der europäischen Sozialdemokratie an. Dabei wollen wir alle konstruktiven europäischen Bewegungen einbinden und von ihren Ideen profitieren.

Europa ist das Instrument, durch das wir unseren Beitrag wirkungsvoll in den Globalisierungsdiskurs einbringen können. Während China und Russland ein autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell vertreten, muss Europa seine wertegeleitete, soziale und tolerante Demokratie einbringen. Es muss dabei seine wirtschaftliche Kraft wertegeleitet nutzen. Die Zielsetzung europäischer Integration ist nicht die marktkonforme Demokratie, sondern die solidarische Demokratiegemeinschaft, die den Markt in Europa so formt, dass er auf individuellen, sozialen und ökologischen Rechten aufgebaut wird. Zugang zu diesem Markt darf nur erhalten, wer weltweit geltende ökologische und soziale Mindeststandards und individuelle Grundrechte einhält. Außerdem muss die EU als Garant von Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Gewaltenteilung auch für seine Mitgliedstaaten fungieren.

Die EU zu stärken, statt sie im Krisenmodus zu lassen, sie auszubauen zu einer Union der Demokratien, die Sicherheit im Wandel des 21. Jahrhunderts schafft und friedliche Entwicklung statt Konfrontation und Militarisierung zur Basis ihres Handelns macht, das ist die Aufgabe der SPD, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) sowie unserer sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament (S&D). Zu lange haben die Sozialdemokraten Europa den Marktradikalen und Konservativen überlassen. Jene wollen den Binnenmarkt als Instrument einer grenzenlosen und unbeschränkten Marktfreiheit. Wir wollen die Austeritätspolitik der vergangenen Jahre überwinden. Sie hatte in den Ländern, die besonders von den Krisen betroffen waren, verheerende soziale Folgen. Europa zu einem Raum der sozialen Sicherheit, der individuellen Freiheit und des Rechts zu machen, das ist unsere Aufgabe! Das bedeutet für die SPD aber auch, dass es eine bessere sozialdemokratische Vernetzung in Europa braucht und dass politische Debatten in der EU mit denen in Deutschland zusammen gesehen werden müssen. Das wird nur gelingen, wenn die SPD sich zum Motor dieses Prozesses entwickelt und konkrete Visionen für eine echte Europäisierung der Politik vorlegt.

Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

- Wie können wir die EU so weiterentwickeln und stärken, dass Europa unsere Antwort auf die Globalisierung und die Herausforderungen der Zukunft wird? Wie schaffen wir es ein menschenwürdiges Leben für alle in der EU lebenden Menschen zu verwirklichen?
- Wie beseitigen wir die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion hin zu einer politischen Union und ergänzen sie um eine soziale Dimension?
- Wie können wir die Europäische Union umfassend demokratisieren und gewährleisten, dass das Europäische Parlament ein volles Haushalts- und Initiativrecht bekommt und die Vertretung der EU-Bürgerinnen und Bürger ist, dem die Europäische Kommission und die Leitung der Eurogruppe voll verantwortlich sind?
- Wie können wir die EU als demokratische Wertegemeinschaft stärken? Welche Regeln sind notwendig, um Demokratie und Rechtstaatlichkeit in Europa zu schützen?
- Wie schaffen wir ein gemeinsames und solidarisches Vorgehen bei der Bekämpfung von Fluchtursachen, beim Schutz der europäischen Außengrenze und bei der fairen Verteilung von Flüchtlingen auf unserem Kontinent?
- Wie verhindern wir durch einheitliche europäische Regeln, dass Waffen aus Europa in Kriegsgebiete und Diktaturen exportiert werden?

- Wie finden wir zu einer gemeinsamen europäischen Friedenspolitik? Wie können wir eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewährleisten? Wie wäre eine europäische Armee realisierbar?
- Wie kommen wir zu stabilen, demokratischen Staatsstrukturen in heutigen Krisenregionen? Wie gestalten wir eine faire internationale Handels-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik, die vor allem Ländern auf dem afrikanischen Kontinent gute wirtschaftliche, soziale und politische Perspektiven ermöglicht?
- Wie können wir einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik erreichen, der auf Solidarität statt Austerität setzt, also auf Investitionen und sozialen Ausgleich statt auf Marktradikalismus und reinen Sparzwang?
- Wie sorgen wir für europäische Steuergerechtigkeit und –solidarität, um einerseits europäische Steueroasen und andererseits das Steuerdumping unter den Mitgliedsstaaten zu unterbinden?
- Wie kann es der SPD gemeinsam mit unseren Schwesterparteien und den Gewerkschaften Europas gelingen, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken und auf einen gemeinsamen hohen sozialen Standard zu bringen?
- Wie können wir die Regeln und Verträge der EU für den Handel mit Waren, Kapital und Dienstleistungen so organisieren, dass Arbeitnehmerrechte, sozialer Ausgleich, hohe Umweltstandards und demokratische Entscheidungshoheit gewahrt bleiben sowie funktionierende Rechtsstaatlichkeit gestärkt und nicht umgangen wird?
- Wie kann Europa als Raum des kulturellen und gesellschaftlichen Austausches gestärkt werden? Wie können wir die europäische Zusammenarbeit in unserem Bildungssystem stärker verankern und den Wissensaustausch durch Programme wie Erasmus+ für mehr Menschen öffnen und weiterentwickeln?
- Wie kann die Handlungsfähigkeit der EU angesichts von Interessenunterschieden und Blockademöglichkeiten in Zukunft gesichert werden?
- Wie erreichen wir, dass europäische öffentliche Aufgaben (z.B. humanitärer Umgang mit Flüchtlingen, Schutz der Außengrenzen) endlich konsequent europäisch organisiert und finanziert werden?
- Wie stärken wir das Vertrauen und den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der europäischen Einigung? Wie kann die wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit der UN-Agenda 2030 (SDGs) als Pfeiler einer umfassenden Friedens- und Solidaritätspolitik verankert werden?
- Wie kann die EU ökologische Nachhaltigkeit garantieren, um dramatische Folgen wie den Klimawandel oder das Artensterben zu bekämpfen?

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sind die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 national wie europäisch von zentraler politischer Bedeutung. Als die deutsche Europapartei, die die Zukunft unseres Kontinents gestalten will, werden wir die Europawahl 2019 als Chance nutzen, unser Programm im Dialog und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln und die Menschen von unseren Zielen zu überzeugen. Wir werden uns hierauf intensiv und frühzeitig mit unseren europäischen Schwesterparteien, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament vorbereiten.

b) Technologischer Wandel und sozial-ökologischer Fortschritt

Die SPD muss die Partei der guten Arbeit sein und bleiben. Es geht darum, für gute Arbeit und sozialen Fortschritt in Zeiten des technologischen Wandels zu sorgen. Arbeit wird nicht ausgehen, wie manche behaupten. Sondern es geht ganz im Gegenteil darum, für eine neue Arbeitszeitpolitik und mehr Tarifbindung zu sorgen. Es geht um politische Gestaltung mit einer positiven Vision einer Gesellschaft der guten Arbeit.

*„#SPDerneuern geht nur mit sichereren Arbeitsplätzen und echter Mitbestimmung bei Arbeit 4.0!“
(Kommentar via Twitter)*

Dabei ist klar, Deutschland war immer erfolgreich, wenn es auf Innovationen gesetzt hat. Das ist auch die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Um sozialen Fortschritt zu erreichen, setzt die SPD auf eine gerechtere Verteilung, gleiche Chancen und auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Zugleich ist dieser Fortschritt auch nötig, um die großen ökologischen Fragen zu beantworten, vor allem das drängende Problem des Klimaschutzes. Der Umweltschutz hat das Leben in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten gesünder, reichhaltiger und lebenswerter gemacht. Die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten formulierte sozial-ökologische Industriepolitik hat im Bereich der Umwelttechnologien zu vielen Innovationen mit großen Chancen für nachhaltiges qualitatives Wachstum, z.B. durch erneuerbare Energien, geführt und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen. Klimaschutztechnologien sind heute ein Exportschlager und ein Wachstumsmotor. Wir wollen den Weg in Richtung einer Wirtschafts- und Lebensweise, die die ökologischen Grenzen unserer Erde respektiert, weitergehen und halten daran fest, dass die Belange von Arbeit und Umwelt in Einklang zu bringen sind.

Wir wissen, dass eine starke und wachsende Wirtschaft und neue Technologien nicht automatisch zu Wohlstandsgewinnen für alle führen werden. Das gilt etwa für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit eher niedrigem Einkommen, die heute real schlechter dastehen, als noch vor 20 Jahren. Das gilt auch für heute anerkannte und nachgefragte berufliche Fähigkeiten, die morgen wertlos sein können. Dementsprechend nimmt die Zuversicht, dass die Zukunft besser wird, bei Teilen der Bevölkerung ab.

„Wir müssen uns selbst wieder vertrauen, Positionen zu Verteilungsgerechtigkeit formulieren.“ (Dialogveranstaltung Frankfurt)

Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach durch die Digitalisierung zu. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Zahl derjenigen sinkt, die unmittelbar von diesem Produktivitätsanstieg profitieren. Digitalisierung bedeutet also auch neue Verteilungsfragen. Ob die „Digitalisierungsdividende“ nur Wenigen zu Gute kommt und den Druck auf dem Arbeitsmarkt für die Mehrheit der Gesellschaft erhöhen wird, oder ob sie der Mehrheit zu Gute kommt, ist vor allem eine Verteilungsfrage und somit eine direkte Herausforderung für die Sozialdemokratie. Die Organisation und Verteilung von Arbeit muss neu debattiert werden und die technischen Möglichkeiten müssen vor allem dazu genutzt werden, dass die Menschen ein gutes Einkommen erzielen können.

Das Verdienst der SPD ist es, immer aus technischem auch sozialen Fortschritt gemacht zu haben. Deshalb ist das Zeitalter der Digitalisierung auch ein Zeitalter der Sozialdemokratie, damit nicht nur die Großen, die Schnellen und die Smarten von der technologischen Innovation profitieren. Den technischen zu einem sozialen Fortschritt zu machen, ist die Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit, der sich die SPD stellen muss und für die die SPD Lösungen aufzeigen muss, Seite an Seite mit den Gewerkschaften.

Allen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die bei der gerechten Gestaltung der Digitalisierung mitmachen wollen, reichen wir die Hand zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Was wir brauchen ist ein breites Bündnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaften sowie sozialen Initiativen und Bewegungen, das über eine längere Zeit hinweg über gemeinsame Ziele diskutiert und koordiniert handelt.

„Die verlorengegangene Verbindung zu den Gewerkschaften muss wieder gestärkt werden. Die SPD muss die Dialogfähigkeit in die Gesellschaft verbessern.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)

Die Erwerbsbiographien im 21. Jahrhundert verändern sich radikal. Trotzdem gilt: Die SPD ist die Partei der Arbeit, gleichgültig, ob mit Arbeit Industriearbeit, Handwerk, landwirtschaftliche Tätigkeit, Dienst am Menschen, Bildung oder Ausbildung, Dienstleistungsgewerbe, Verwaltung, Selbstständigkeit, ungelernte oder andere Tätigkeiten gemeint sind. Sie alle verdienen den gleichen Respekt und den gleichen Schutz. Besondere Aufmerksamkeit müssen wir dem Umstand widmen, dass bisher typische Frauenberufe, wie zum Beispiel Büro- und Sekretariatsberufe oder Verkäuferinnen, auch von der Digitalisierung betroffen sind und betroffen sein werden. Gleichzeitig sind Frauen in MINT-Berufen weiterhin unterrepräsentiert, also gerade in den Bereichen, die an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen werden. Die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen, sowie die ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit, drohen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt verstärkt zu werden. Die weibliche Perspektive muss bei der Gestaltung des Arbeitsmarktes der Zukunft mit einbezogen werden. Dabei ist auch zentral, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mobiles Arbeiten zu ermöglichen.

Als Partei der Arbeit bleiben Vollbeschäftigung und gute Arbeit unsere vorrangigen Ziele, und es ist unsere Aufgabe, die Digitalisierung zu gestalten. Im Zuge der Plattformökonomie verändert sich auch der Begriff des Betriebs- und des Arbeitnehmerbegriffs. Die Grenzen der Betriebe werden unübersichtlicher, z.B. durch die Einbeziehung von Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern auf digitalen Plattformen. Es gilt weiterhin: Eine langfristige Perspektive, Sicherheit und Mitbestimmung am Arbeitsplatz bleibt wichtig - egal was, wo und wie man arbeitet.

„Agenda 2010 kritisch betrachten und weiterentwickeln!“ (Dialogveranstaltung Hamburg)

„Fehler der Agenda 2010 klar benennen – keine kosmetischen Korrekturen.“ (Dialogveranstaltung Leipzig) „soziale Alternative zu Hartz IV“ (Dialogveranstaltung Kaiserslautern)

Globalisierung und technischer Wandel haben auch Folgen für die Löhne. Es ist deshalb gut, dass die SPD Branchenmindestlöhne durchgesetzt hat. Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn ist eine unverzichtbare Lohnuntergrenze, die Millionen Beschäftigte schützt. Er wird regelmäßig durch die Mindestlohnkommission überprüft. Unabhängig von diesem wichtigen Mechanismus wollen wir prüfen, wie wir sicherstellen, dass wer sein Arbeitsleben lang zu Mindestlohnbedingungen Vollzeit gearbeitet hat, im Alter nicht auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist, und wie der Mindestlohn dann ausfallen muss. Aus dem gleichen Grund halten wir es für wichtig, sicherzustellen, dass Beschäftigte auch in höherem Alter in der Lage sind, einen neuen Beruf zu lernen. Da geht es um finanzielle Bedingungen und Rechtsansprüche, die das ermöglichen müssen. Maßnahmen, wie der gesetzliche Mindestlohn und auch dessen Erhöhung, sind richtig. Allerdings bleiben sie eine Art Notwehr. Die Förderung der Tarifbindung ist und bleibt ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik. Unbefristete sozialversicherungspflichtige und tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse bleiben das beste Mittel gegen prekäre Jobs und Altersarmut. Wir werden uns auch um diejenigen kümmern, die ihre Lebenssituation nicht aus eigener Kraft verbessern können – sei es aus alters- oder aus gesundheitlichen

Gründen. Wir wollen Armut bekämpfen und allen Kindern gleiche Chancen gewähren. Kinderarmut ist eine Schande für ein reiche Gesellschaft wie Deutschland.

Durch die Digitalisierung werden sich viele Arbeitsplätze und Berufsbilder in naher Zukunft komplett verändern. Deshalb brauchen wir eine aktive Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die diesen großen Umbruch für die Beschäftigten und die Betriebe zum Guten mitgestaltet. Hier sind alle gefragt: die Beschäftigten, die Betriebe und die Sozialpartner. Auch der Staat muss neue Wege gehen: Mit einem persönlichen Chancenkonto sollen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet werden. Es soll eingesetzt werden für die Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung, die über reine Erhaltungsqualifikationen hinausgehen, denn dafür müssen die Unternehmen Verantwortung tragen. Man kann es zudem nutzen für Existenzgründungen und den Übergang in die Selbstständigkeit.

Wenn sich Arbeit durch die Digitalisierung so grundsätzlich verändert, dann müssen wir auch unsere Sozialsysteme verändern. Wir brauchen zusätzliche Angebote, die sich besonders an Beschäftigte richten, deren Arbeitsplätze durch die Automatisierung gefährdet sind und die nicht unmittelbar durch Umschulung und Qualifizierung neue Jobs finden werden. Die Frage ist, wie das bestehende System der Absicherung von Arbeitslosigkeit durch eine umfassende Arbeitsversicherung ergänzt und, z.B. durch eine öffentliche Jobgarantie, wie sie im angelsächsischen Raum diskutiert wird, weiterentwickelt werden kann. Weniger Verwaltung von Arbeitslosigkeit und mehr Angebote von guter, sozialversicherungspflichtiger Arbeit, die zugleich für ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben sorgt, müssen das Ziel sein. Klar ist für uns, dass alle Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben, und deshalb werden wir die geltende Sanktionspraxis verändern.

Grundsätzlich gilt: Möglichst alle Menschen müssen vom digitalen Umbruch profitieren und nicht nur die Internet- und Datengiganten. Dabei muss gerade die SPD darauf achten, dass Menschen nicht zu reinen Objekten der Datenverarbeitung werden und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung erhalten bleibt.

Aber eine gute digitale Zukunft wird nur europäisch gelingen. Deshalb muss beispielsweise eine europäische Digitalcharta die Frage beantworten, wie wir künftig leben wollen, was uns wichtig ist und welche Regeln gelten. Und auch wirtschaftspolitisch müssen wir bei der Digitalisierung besser werden, etwa indem wir europäische Digitalfirmen stärken und fördern, damit wir unabhängiger von den Silicon Valley-Firmen werden oder von zukünftigen Plattformgiganten aus China. Dies ist auch zentral, um Pressefreiheit und Meinungsvielfalt langfristig zu garantieren.

Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

- Neue Wirtschaftspolitik: Wie sichern wir Deutschlands Innovationsfähigkeit? Wie sichern wir den Industriestandort Deutschland in der digitalen Welt? Wie müssen Finanzmärkte reguliert werden, um Finanzkrisen begrenzt zu halten? Wie schaffen wir nachhaltiges Wachstum und Sicherheit der Arbeitsplätze? Wie schaffen wir es, dass Wohlstand und Chancen besser und gerechter verteilt werden? Wie soll die soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung aussehen? Wie schaffen wir es, Machtkonzentrationen und Monopolbildungen in der plattformgetriebenen Ökonomie zu verhindern? Welche Rolle kommt dem Staat zu, um wirtschaftliche Innovationen und gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern? Wie stellen wir sicher, dass Deutschland seine Klimaschutzverpflichtungen erfüllt? Wie bringen wir die Mobilitätswende hin zu einem CO₂-neutralen Verkehrssektor voran? Wie kann unsere Wirtschaft, insbesondere auch die Landwirtschaft, ressourcenschonend und ohne die Artenvielfalt

zu gefährden agieren? Wie realisieren wir eine klima- und umweltfreundliche Wirtschaftsweise, so dass sie zum Nutzen aller wird?

- Neue Arbeitswelt: Wie können wir den Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen im Rahmen der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung stärken? Wie nutzen wir die technischen Möglichkeiten für eine humanere Arbeitswelt und die bessere Vereinbarkeit von Leben und Arbeit? Wie garantieren wir angesichts der Entgrenzung, etwa in der digitalen Plattformökonomie, neue Schutzzonen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Wie erhöhen wir die Tarifbindung in allen Branchen und Sektoren? Welche Aufgaben haben Politik und Sozialpartner zur Stärkung der Tarifbindung? Wie müssen sich sozialstaatliche Regelungen verändern, um die Vielfältigkeit der digitalen Beschäftigungsformen und veränderten Erwerbsbiografien zu erfassen? Welche Antworten braucht gute Arbeit im Dienstleistungssektor? Wie verhindern wir digital getriebenen neuen Arbeitsdruck, -verdichtung und -kontrolle? Wie schaffen wir Angebote für Qualifizierung und Weiterbildung, damit alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Digitalisierung profitieren können? Welche geschlechterspezifischen Auswirkungen hat die Digitalisierung und wie stellen wir sicher, dass es nicht zu neuen, starren Geschlechterrollen kommt? Wie kann die geringe Beteiligung von Frauen an Start-Ups gesteigert werden? Entstehen durch neue Arbeitsformen neue Berufsbilder, die eine gleichberechtigtere Arbeitsweise ermöglichen? Wie werten wir den Beruf der Pflegekraft so auf, dass sich Frauen und Männer vorstellen können, in diesem Beruf zu arbeiten? Wie können wir durch flexible Arbeitszeiten und Arbeitszeitmodelle die Vereinbarkeit von Familie, Ehrenamt und Beruf verbessern?
- Gleiche Bildungschancen: Wie organisieren wir angesichts des rasanten technologischen Wandels unser Bildungssystem? Wie stellen wir sicher, dass alle Kinder und Jugendliche die gleichen Chancen haben, auch von der Digitalisierung zu profitieren? Welche Herausforderungen stellen sich für Kita, Schule und den Übergang in Ausbildung und Arbeit? Wie können wir Ganztagsangebote quantitativ und qualitativ ausbauen, um die Entwicklungsbedarfe und Bildungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu erfüllen? Wie kommen wir zu einheitlichen Qualitätsstandards?
- Soziale Sicherheiten: Wie kann der Staat bessere soziale Dienstleistungen anbieten und so bessere Lebenschancen eröffnen und soziale Lebensrisiken verlässlich absichern? Wie müssen wir das deutsche Sozialmodell erneuern, damit es Antworten auf neue Erwerbsformen und Lebensverläufe gibt? Wie können Daseinsvorsorge, öffentliche Güter und soziale Institutionen in allen Regionen Deutschlands wieder gestärkt werden? Wie können wir Armut und vor allem Kinderarmut am wirksamsten bekämpfen? Wie können wir die Spaltung der Gesellschaft beenden und Zusammenhalt stärken? Wie können wir die Finanzierungsgrundlagen des Sozialstaates verbreitern?
- Würde im demografischen Wandel: Wie garantieren wir ein sicheres und menschenwürdiges Leben im Alter? Wie reformieren wir die Pflege, damit sie den Ansprüchen unserer Zeit entspricht? Wie verhindern wir, dass die Absicherung der großen Lebensrisiken dem einzelnen aufgebürdet und somit allein nach Markt- und Wettbewerbskriterien organisiert wird?

c) Ungleichheiten überwinden - Gleichstellung voranbringen

Die SPD ist seit ihren Anfängen auch die Partei der Gleichstellung und wir haben viel erreicht: das Frauenwahlrecht, den Artikel 3 Grundgesetz, die Modernisierung des Familienrechts, besseren Schutz vor Gewalt, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie aktive Maßnahmen

zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Es geht darum, das Erreichte gegen die ewig Gestrigen zu verteidigen und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern schneller voranzubringen.

Das ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Es wird aber vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft auch immer mehr zu einer Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der Sicherung unseres Wohlstandes. Zahlreiche Studien belegen, der einfachste Weg zur Steigerung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der finanziellen Situation der Familien ist die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf das Niveau der Männer.

Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt muss einhergehen mit der Verbesserung von Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie für Frauen und Männer. Gerade die jüngere Generation will eine partnerschaftliche Aufgabenteilung leben und braucht in bestimmten Lebensphasen eine bessere Balance zwischen Berufs- und Privatleben.

Wir werden u.a. konkrete Vorschläge für folgende Fragen erarbeiten bzw. weiterentwickeln:

- Wie können wir Gleichstellungspolitik zur Querschnittsaufgabe machen und alle Maßnahmen in allen politischen Bereichen darauf ausrichten, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen?
- Wie können wir die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie verbessern? Wie können wir eine bessere Balance zwischen beruflichen und familiären Verpflichtungen herstellen?
- Wie erreichen wir die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt? Wie können wir die Lohnlücke schließen? Welche Maßnahmen müssen wir zur Aufwertung der sozialen Berufe ergreifen?
- Wie können wir eine paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in Führungspositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen?
- Wie können wir Rollenstereotype überwinden und Sexismus bekämpfen? Wie können wir Frauen und Mädchen besser von Gewalt schützen?

d) Flucht und Migration

Wir stehen für einen humanen Flüchtlingsschutz und eine Politik, die Zuwanderung vernünftig steuert. Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die auch aufgrund ihrer eigenen Verfolgungs- und Fluchtgeschichte dafür gesorgt haben, dass das Asylrecht in Deutschland Verfassungsrang hat. Eine Obergrenze, die diesen Grundsatz in Frage stellt, lehnen wir ab. Das Grundrecht auf Asyl muss unangetastet bleiben. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb wollen wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern. Ein Einwanderungsgesetz richtet sich vor allem an Einwanderinnen und Einwanderer, die keinen Anspruch auf Asyl haben.

Die Wahlanalyse zeigt, dass die SPD viele Fragen von Flucht und Migration nicht ausreichend beantwortet hat. Wir haben es nicht geschafft, über reaktive Tagespolitik hinauszukommen und aufzuzeigen, wie eine humane Migrations- und Flüchtlingspolitik in europäischer Solidarität gelingen kann, ohne Deutschland zu überfordern. Wir brauchen auch eine verantwortliche Politik Deutschlands und der Europäischen Union, die Flüchtlingen in den Ländern außerhalb Europas, in denen sie Schutz gefunden haben, Hilfe leistet. Sie müssen dort Perspektiven für ein eigenständiges Leben auch außerhalb von Flüchtlingsunterkünften finden.

Auf den tatsächlichen wie den gefühlten Kontrollverlust des Staates haben wir keine ausreichende Antwort gegeben. Deshalb müssen wir ein konsistentes Angebot ausarbeiten, das international die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Mittelpunkt stellt, eine europäische Gesamtstrategie für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einschließlich eines europäischen Einwanderungsgesetz entwickelt und die Länder und Kommunen in Deutschland in die Lage versetzt, die gewaltigen Integrationsaufgaben zu schultern. Wir werden daher u.a. folgende Fragen klären müssen:

- International: Was müssen wir tun für eine Fluchtursachenbekämpfung, die diesen Namen auch verdient? Wie sorgen wir dafür, dass es generell keine Waffenexporte mehr in Krisengebiete und an Diktatoren gibt? Wie kommen wir zu stabilen, demokratischen Staatsstrukturen in heutigen Krisenregionen? Wie gestalten wir eine faire internationale Handels-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik, die vor allem Ländern auf dem afrikanischen Kontinent gute wirtschaftliche, soziale und politische Perspektiven ermöglicht? Wie können wir konsequenter für Klimaschutz sorgen und gegen den Klimawandel angehen, der immer mehr Menschen dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen?
- Europäisch: Wie kommen wir zu einer solidarischen Flüchtlingspolitik, die eine Überforderung einzelner Mitgliedstaaten verhindert? Wie überwinden wir in der europäischen Flüchtlingspolitik die derzeit völlig unterschiedlichen Entscheidungspraktiken und Versorgungsniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten? Wie schaffen wir ein europäisches Zuwanderungsrecht, das legale Möglichkeiten zur Migration schafft?
- National: Wie garantieren wir die Leistungsfähigkeit des deutschen Asylsystems, und wie verhindern wir Kontrollverlust? Wie wollen wir die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern verbessern? Wie machen wir Integration zu einem Querschnittsthema für die gesamte Gesellschaft? Wie schaffen wir es, dass die schnelle Integration von anerkannten Flüchtlingen gelingt? Welches verbindliche Engagement fordern wir von Flüchtlingen ein, welche Angebote muss der Staat machen? Welche Einwanderungsstrategie braucht unser Land? Welche materiellen und personellen Ressourcen brauchen Kommunen, um dauerhaft und sozialstaatlich angemessen mit den Herausforderungen von Flucht und Vertreibung umgehen zu können? Was muss zur Stärkung der demokratischen politischen Kultur in der Zivilgesellschaft getan werden? Wie kann bürgerschaftliches Engagement anerkannt und gefördert werden, um solidarische Hilfe zu organisieren und Integration durch die Zivilgesellschaft zu unterstützen? Wie gestalten wir Bildung und Bildungssysteme in Deutschland, damit Migrantinnen und Migranten sich möglichst schnell und erfolgreich integrieren können?

e) Zusammenhalt und Demokratie stärken

Eine offene Gesellschaft braucht eine starke Demokratie und einen starken sozialen Rechtsstaat. Zusammenhalt und Solidarität müssen gefördert, Regeln durchgesetzt und damit Sicherheit gewährleistet werden. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist jedoch brüchig geworden. Zu viele Menschen fühlen sich ausgeschlossen oder erleben tatsächliche Benachteiligung. Die reale und gefühlte Ungleichheit nimmt zu. Viele sind unzufrieden und wenden sich von demokratischer Politik ab. Neue und alte Bruchlinien spalten die Gesellschaft im Bewusstsein vieler Menschen in Gewinner und Verlierer.

Der Einzug der AfD in den Bundestag, der Brexit, die Wahl von Donald Trump und anderen Populisten ist Ausdruck einer tiefsitzenden Spaltung unserer Gesellschaften. Gesellschaft ist der Ort, mit dem man verbunden ist, an dem Aushandlungsprozesse stattfinden, Kompromisse geschlossen werden und an dem sich die Zukunftsfähigkeit eines Gemeinwesens und die Widerstandsfähigkeit bei Erschütterung entscheidet. Damit Gesellschaften solche Orte sein können,

brauchen Menschen Vertrauen und verdienen Respekt für ihre Lebensleistung. Sie brauchen eine Perspektive und Sicherheit.

Die SPD ist die Partei, die sich um Sicherheit kümmert, und zwar um Sicherheit in allen Lebensbereichen. Um innere Sicherheit, um äußere Sicherheit und um soziale Sicherheit. Sicherheit ist Bedingung für ein freies Leben. Die SPD tritt für einen freiheitssichernden Rechtsstaat ein, der Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleistet und dabei die Bürgerrechte verteidigt und stärkt.

Zu gerechten Perspektiven gehört, dass wir das Chancenversprechen in unserer Gesellschaft erneuern und jedem garantieren, dass er oder sie die gleichen Möglichkeiten bekommt, egal welchen biographischen oder regionalen Hintergrund jemand hat. Eine zentrale Rolle kommt daher unserem Bildungssystem zu. In keinem anderen Industrieland entscheidet die soziale Herkunft immer noch so maßgeblich über die Chancen eines Kindes. Die Sozialdemokratie steht wie keine andere Partei dafür, dass Herkunft nicht über Zukunft entscheiden darf. Daher müssen wir die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem erhöhen und die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung weiter vorantreiben. Um populistischen Vereinfachungen und Radikalisierungen vorzubeugen, sollte die Forderung nach mehr Bildung die politische Bildung mit einbeziehen. Hierfür müssen wir Milliardenbeträge freimachen, damit unser Bildungssystem das beste der Welt wird. Das im Wahlkampf von uns vorgeschlagene Aufbrechen des starren Bildungsföderalismus und eine an den Bedürfnissen der Eltern und Kinder orientierte Bildungspolitik ist dabei ein wichtiges Element, auch um Identitätskrisen aufzugreifen. Die berufliche Bildung zu stärken und zukunftsfähig zu machen ist ein Kernanliegen der SPD. Hierzu gehört auch eine hohe Durchlässigkeit und möglichst hürdenfreie Anschlussfähigkeit zur akademischen Bildung. Beides steht gleichberechtigt und gleichwertig nebeneinander. Der kostenlose Zugang zu Bildung von der Kita bis zum Master oder Meisterbrief ist weiterhin unser Ziel, welches wir mit Nachdruck verfolgen. In Zeiten, in denen Fakten immer häufiger in Frage gestellt werden, bekennt sich die SPD zu einer starken, kritischen und freien Wissenschaft, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen kann. Darüber hinaus müssen wir die Hochschulen besser in der Gesellschaft verankern und sie zu einem Abbild der Gesellschaft machen. Dazu muss der Wissens- und Forschungstransfer der Hochschulen stark verbessert werden, um die Bedeutung der Wissenschaft klarer vermitteln können. Außerdem gelingt dies, indem wir das BAföG ausbauen, Hürden für beruflich Qualifizierte abbauen und unser Bildungssystem insgesamt durchlässiger machen.

Um eine Spaltung zwischen Jung und Alt zu vermeiden, bedarf es überdies eines neuen Generationenvertrags, bei dem vor allem Familien gestärkt werden. Unsere im Wahlkampf vorgestellten Pläne waren ein wichtiger Beitrag für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Rentensystems – hieran müssen wir konzentriert weiterarbeiten. Um die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern voranzutreiben, müssen Frauen und ihre Belange sichtbar und hörbar einbezogen werden.

Die wachsende Vielfalt in unserer Einwanderungsgesellschaft bietet viele Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir begegnen diesen Herausforderungen mit einer positiven Haltung und dem Anspruch, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern eine neue gemeinsame Klammer um unsere Gesellschaft zu setzen, die allen Menschen Teilhabemöglichkeiten eröffnet und jedwede Diskriminierung bekämpft.

Integrationspolitik ist eine wichtige ministerielle Aufgabe auf Bundesebene. Wir möchten, dass Integration vor allem gesellschaftspolitisch und nicht nur sicherheitspolitisch gedacht wird. Das Leitbild für Deutschland der Friedrich-Ebert-Stiftung „Miteinander in Vielfalt“ bietet eine gute Grundlage für die weitere programmatische Arbeit.

Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Deutschlands schaffen. Das ist auch unser grundgesetzlicher Auftrag. Sowohl in den Städten und Ballungsräumen als auch in den ländlichen Regionen gibt es Herausforderungen, die staatliches Handeln und Unterstützung der Kommunen zwingend erfordern. Menschen, die in ländlichen oder strukturschwachen Regionen leben und wohnen, haben denselben Anspruch auf eine gute Infrastruktur und Orte für zivilgesellschaftliche und kulturelle Entfaltung wie die in Städten und Ballungsräumen. Hohe Sozialausgaben, knapper Wohnraum, soziale Brennpunkte, Langzeitarbeitslosigkeit in den Ballungsräumen stehen Leerstände, unzureichende medizinische Versorgung, fehlende wirtschaftliche Impulse und Abwanderung in eher ländlichen Regionen gegenüber. Wir wollen und werden mit einem gesamtstaatlichen Fördersystem eine abgestimmte Regional-, Raumordnungs- und Strukturpolitik einleiten, die Hilfen nach Bedürftigkeit sichert, Impulse für lokales und regionales Wachstum schafft und bezahlbares Wohnen in den Städten und Regionen ermöglicht. Soziale Stabilität in unseren Gemeinwesen ist die beste Vorbeugung gegen politischen Radikalismus und Nationalismus.

Die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung sind tragende Bestandteile unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Für uns sind die Kommunen systemrelevant. Wie in einem Brennglas werden vor Ort Herausforderungen und Chancen unserer Gesellschaft sichtbar und müssen dort bewältigt werden. Unsere Städte und Gemeinden sind Orte der Identifikation, Orte der Integration, sie sind Heimat im besten Sinne.

Die SPD ist und bleibt die Kommunalpartei. 14 der 20 größten Städte Deutschlands werden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Zudem ist die SPD eine starke Kraft in vielen ländlichen Kommunen und Kreisen. Stärkung und Wachstum unseres kommunalen Fundaments sind deshalb Voraussetzung für künftige Wahlerfolge in Land, Bund und Europa.

Wir werden in Zukunft Parlamentsentscheidungen mit kommunalem Bezug deutlicher auf kommunale Wirkungen überprüfen. Eine auskömmliche Finanzierung ist notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung kommunaler Selbstverwaltung. Konnexität meint mehr als eine rein monetäre Betrachtung, sondern auch die stetige Verknüpfung der staatlichen Ebenen und die Einbeziehung der Expertise der Lokalpolitik von Anfang an.

Die SGK spielt bei der kommunalpolitischen Interessenvertretung eine herausgehobene Rolle. Auch deshalb wollen wir den Kommunalbeirat als kommunalpolitische Plattform auf Bundesebene gemeinsam mit der SGK stärken.

„Sich als Schutzmacht der arbeitenden und doch armen Bevölkerung darzubieten wäre unsere Aufgabe gewesen. Diese Gruppe haben wir der AfD weitgehend überlassen.“ (via e-mail)

Für die Stärkung unserer Demokratie ist es zentral, entschlossen gegen Rechtspopulismus, Rassismus, Nationalismus, religiösen Extremismus und Fanatismus zu kämpfen. Dies ist seit mehr als 150 Jahren eine der zentralsten Pflichten der Sozialdemokratie. Wir wollen die Demokratie revitalisieren und verteidigen. Dabei setzen wir auf eine klare Haltung. Nur so kann man Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie gewinnen. Rechte Demagogen werden wir in die Schranken weisen. Dazu wird die SPD u.a. als wesentlicher zivilgesellschaftlicher Akteur helfen, kultur- und debattenfördernde Anlaufpunkte aufzubauen, die für die Gemeinschaft nutzbar sind und Ankerpunkte für die demokratische und soziale Gesellschaft in Regionen bieten.

„Die SPD steht seit über 100 Jahren für das "Soziale", also für das Interesse am Anderen, für Gleichstellung, für Hilfsbereitschaft, für Verantwortungsbewusstsein und für die Stärkung der Gemeinschaft – dies ist – meiner Auffassung nach – die erforderliche programmatische Klammer, die der SPD zur Zeit fehlt.“ (via e-mail)

Den direkten Dialog mit den Menschen vor Ort wiederzubeleben, ist ein erklärtes und priorisiertes Ziel der SPD. Die „Bürger-Arenen“, die der Parteivorsitzende in den Regionen angekündigt hat, in denen die AfD ein hohes Wahlergebnis erzielt hat, stehen exemplarisch für diese Herangehensweise der Partei vor Ort.

„Das ganze Jahr Präsenz zeigen, nicht nur im Wahljahr.“ (Dialogveranstaltung Hamburg)

„Vor Ort – zuhören, kümmern, Lösungen aufzeigen – 4 Jahre nicht 6 Wochen“ (Dialogveranstaltung Leipzig)

„Vertrauen ist nur durch Präsenz zu schaffen, zur SPD stehen und auf die Straße gehen, kontinuierlich, z. B. jeden Monat ein Werkstattgespräch, in Unternehmen, Verbänden etc.“ (Dialogveranstaltung Frankfurt)

„Wieder mehr handeln, wieder mehr auf der Straße sein. Ehrlich sein. Sonst werden wir nicht für voll genommen.“ (Dialogveranstaltung Berlin)

Wir werden u.a. folgende Fragen klären müssen:

- Was tun wir als Partei konkret vor Ort für gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Stärkung der Demokratie? Wie kann die SPD in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen die Demokratie gerade in den Kommunen wieder stärker erlebbar machen? Kann direkte Demokratie helfen, Politikverdrossenheit zu verringern oder werden politische und gesellschaftliche Konflikte eher verschärft? Welche Formen der Bürgerbeteiligung sind hilfreich? Wie kann ein engerer Schulterschluss zwischen der Partei und unseren Kommunalen gelingen, um deren Sachverstand in die Erarbeitung und Umsetzung unserer Programme, Konzepte und Aktivitäten intensiver und effektiver einzubeziehen? Wie können wir der Personalgewinnung und Qualifizierung einen noch höheren Stellenwert zukommen lassen?
- Wie schaffen wir es in einer sich rapide ändernden Medienlandschaft durch Vielfaltssicherung und beispielsweise das Durchbrechen von „Blasen“ in sozialen Netzwerken wieder die Debattenkultur, das gegenseitige Verständnis und so letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken?
- Sind die öffentliche Infrastruktur und die Angebote der Daseinsvorsorge ausreichend und zukunftsfähig, vor allem auch im Bereich Gesundheit und Pflege? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die Leistungsfähigkeit des Staates sicherzustellen und zu verbessern?
- Wie kommen wir wieder mit denjenigen ins Gespräch, die sich von demokratischen Parteien abgewendet haben? Wie kann ein gesamtgesellschaftliches Wir-Gefühl jenseits von Ausgrenzung und Nationalismus gefördert werden? Wie können wir die zentralen Fragen des Zusammenlebens (Wer sind wir? Wer gehört zu uns? Was macht uns aus?) wieder gesamtgesellschaftlich diskutieren und klären? Wie sieht der Rahmen für unsere Einwanderungsgesellschaft aus, der Zugehörigkeit und Heimat für alle Menschen erlebbar macht?
- Wie organisieren wir öffentliches Handeln besser, damit Bürgerinnen und Bürger den Staat wieder stärker als Partner in ihrem Lebensalltag wahrnehmen? Wie garantieren wir, dass sich Frauen einfacher politisch beteiligen können? Wo schaffen wir neue Freiräume für persönliche Entfaltung durch den Abbau überflüssiger Bürokratie oder staat-

licher Ineffizienz? Wo muss der Staat stärker eingreifen und mehr investieren, um seinem Anspruch als sozialer Rechtsstaat im Dienst der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden?

III.3. Arbeitsformate zur inhaltlichen Erneuerung

Die Antworten auf die beschriebenen programmatischen Herausforderungen brauchen eine neue Arbeitsstruktur, um die offene und kritische Diskussion zu ermöglichen und die Entscheidungsfindung vorzubereiten. Wir werden daher einen Prozess „Kompass2018“ starten, unter dem jedes der bisher genannten Themen ein eigenständiges Forum erhält (Forum Europa, Forum Fortschritt, Forum Migration, Forum Zusammenhalt). Dabei sollen insbesondere auch Möglichkeiten zur Online-Beteiligung geschaffen werden. Dieser Prozess wird nicht nur parteiintern stattfinden, sondern wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich an dem Neustart der sozialdemokratischen Bewegung zu beteiligen. Der Parteivorstand wird beauftragt, diesen Prozess zu organisieren. Ziel ist es, innerhalb eines Jahres bis Ende 2018 zu einer mutigen und klaren innerparteilichen programmatischen Klärung zu kommen.

Auf der Grundlage dieser programmatischen Klärung soll nach dem außerordentlichen Parteitag 2018 ein Prozess zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eingeleitet werden.

IV. Die organisatorische Erneuerung

Die organisatorische Erneuerung unserer Partei wird die gesamte Organisation umfassen. Wir wollen eine offene, innovative und diskussionsfreudige Partei werden, die Partearbeit im digitalen Zeitalter völlig neu definiert. Wir werden eine neue Kultur der Gleichberechtigung und des Miteinanders verankern. Was gut war, kann bleiben. Was nicht gut ist, werden wir gemeinsam verändern. Mit Mut zu neuen Wegen und Neugier auf die Veränderungen, die vor uns liegen.

Dem großen Wunsch vieler SPD-Mitglieder nach mehr Mitbestimmung, mehr Transparenz, mehr Generationengerechtigkeit, mehr Familienfreundlichkeit und neuen Beteiligungsformaten, der zuletzt auch auf den Dialogveranstaltungen überall im Land deutlich wurde, werden wir konsequent Rechnung tragen. Denn was wir politisch umsetzen, wollen wir auch innerhalb unserer Partei – in der Stadt genauso wie im ländlichen Raum. Wir stehen für eine Partei, die online und offline gleichberechtigt behandelt. Die SPD muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Sie muss durchlässiger werden und Menschen ohne Parteierfahrung einen Einstieg erleichtern.

Wir haben Respekt vor jedem, der sich engagieren möchte, unabhängig von zeitlichen Möglichkeiten. Unser Anspruch ist, dass die SPD in Zukunft für jedes Mitglied eine Heimat und Möglichkeiten bietet, sich nach Kräften zu beteiligen.

„Der größte Schatz der SPD sind die Mitglieder, die einzelnen Menschen, deren Herz voll rotem, sozialem Blut ist.“ (via e-mail)

Der Parteivorstand wird beauftragt eine umfassende Mitgliederbefragung durchzuführen und dabei gleichzeitig eine Bestandsanalyse vorzunehmen, um ein klares Bild von den Erwartungen unserer Mitglieder zu bekommen. Wir werden in die Partei hinein hören und die Erneuerung der Partei stark an den Vorstellungen unserer Mitglieder ausrichten. Die Parteikonvente 2018 und 2019, sowie die Parteitage 2018 und 2019 beraten und entscheiden dann über die daraus abzuleitenden Maßnahmen. Bei allen Maßnahmen zur Mitgliederbeteiligung sollen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden.

„-mehr Basiskonferenzen / Dialogveranstaltungen / Bürgerforen / Veranstaltungen vor Ort – nicht nur dann, wenn es brennt.

-mehr Online-Konferenzen für Jüngere und ländliche Regionen,

-mehr Mitgliederentscheide,

*-direkter Draht von unten nach oben fehlt / die Spitze soll die Basis fragen, was wichtig sein SOLL“
(Dialogveranstaltung Kaiserlautern)*

Darüber hinaus müssen wir unsere hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, aber auch unsere Mitglieder und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger laufend qualifizieren und fördern, so dass diejenigen, die für die SPD aktiv sind, die anspruchsvoller werdenden Aufgaben in den Bereichen politischer-, kommunikativer- und organisatorischer Herausforderungen auch in Zukunft gut meistern können. Ein solcher Prozess braucht Zeit und kann nicht von oben nach unten verordnet werden. Die organisatorische Erneuerung muss deshalb als eine gemeinsame Aufgabe aller Gliederungsebenen verstanden und Hand in Hand umgesetzt werden. Wir müssen in den kommenden Jahren nicht nur unsere Organisation deutlich umbauen, sondern auch unsere „Organisationskultur“ auf die Höhe der Zeit bringen.

„Unsere innerparteiliche Kommunikation verläuft wie auf einer Einbahnstraße vor allem von oben nach unten. Es gibt in unserer Kommunikation auch zu viele Ausrufezeichen und zu wenig Fragezeichen“ (via e-mail)

Für eine erfolgreiche Erneuerung braucht es erstens klare Zielbeschreibungen, zweitens einen verbindlichen Fahrplan, drittens eine klare Aufgabenzuweisung an die verschiedenen Parteiebenen und Akteure und viertens eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit der erfolgten Aufgabenerledigung in diesem Veränderungsprozess. Die Organisationspolitische Kommission wird deshalb beauftragt, entsprechend dieser vier Prämissen und auf der Grundlage der in diesem Antrag formulierten inhaltlichen Vorgaben, einen entsprechenden organisationspolitischen Erneuerungsprozess zu begleiten. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie bei einer deutlich sinkenden Mitgliederzahl weiterhin ein attraktives und politisches Parteileben ermöglicht werden kann. Die dafür notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen sind dafür vom Parteivorstand im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten sicherzustellen.

Schon jetzt wollen wir aber erste wichtige Schritte zur organisationspolitischen Erneuerung unserer Partei gehen:

- Die Anforderungen an die Durchführung von Mitgliederbegehren werden wir überprüfen. Darüber hinaus werden wir die Beteiligung der Mitglieder bei Personalentscheidungen auf Bundesebene ermöglichen. Die Arbeit der Antragskommission zu den Bundesparteitagen und Konventen werden wir so gestalten, dass die kontroverse Debatte von Anträgen und die Stärkung der Delegierten weiter in den Mittelpunkt gerückt werden. Zudem dürfen zukünftig auf Parteikonventen nur gewählte Delegierte stimmberechtigt sein und keine Person „qua Amt“.
- Bis zum ordentlichen Bundesparteitag 2019 wollen wir konkrete Zielvereinbarungen entwickeln, um die Repräsentanz von Mandats- und Funktionsträgern stärker als bisher an die realen gesellschaftlichen Alters- und Berufswirklichkeiten anzupassen.
- Für die satzungsgemäßen Arbeitsgemeinschaften gelten die organisationspolitischen Programme und in den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften getroffenen Festlegungen, dass die Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften zu den Klausursitzungen des SPD-Parteivorstands ein Arbeitsprogramm und eine Jahresplanung für das jeweilige

Jahr vorlegen. Allerdings hat der Parteivorstand diese Arbeitsprogramme weder diskutiert noch mit Budgets unterlegt. Die Vorlage der Arbeitsprogramme der Arbeitsgemeinschaften muss deshalb mit der Beratung des Haushalts verbunden werden. Hier von ausgenommen ist die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten. Auch die Arbeitsgemeinschaften sind gebeten, ihren Beitrag zu #SPDerneuern darzulegen.

- Die in der Vergangenheit vereinbarten Organisationsreformen werden noch einmal auf ihre Umsetzung und Wirksamkeit hin überprüft. Es mangelte in der Vergangenheit nicht an Ideen oder guten Vorschlägen, sondern an der konsequenten Umsetzung dieser Vorschläge. Diesen Fehler werden wir nicht wiederholen. Die Umsetzung der organisationspolitischen Beschlüsse des Bundesparteitags werden wir transparent und nachvollziehbar gestalten.
- Zwar haben wir Instrumente für die Gleichstellung, wie die Quote und das Reißverschlussverfahren, allerdings werden sie nicht immer konsequent angewandt. Dies reicht nicht, um Frauen auf allen Ebenen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Um dies zu gewährleisten, wird eine Stabstelle für Gleichberechtigung beim Generalsekretär oder der Generalsekretärin eingerichtet. Dadurch wollen wir besser gewährleisten, dass alle Themen auch aus der Perspektive von Frauen beleuchtet, Veranstaltungen nicht allein von Männern bestritten, Weiter- und Fortbildungen zum Thema Gender durchgeführt werden, und dass die Strukturen so beschaffen sind, dass Frauen sich vor Ort politisch engagieren können. Dafür werden wir eine gleichberechtigte Leitung auf Ortsvereinsebene erproben. Wir wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem ehrenamtlichen Engagement in der SPD insbesondere für Frauen und Männer mit Familienpflichten verbessern.
- Notwendig sind familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuungsangebote sowie Plattformen und Debattenräume, in denen Frauen sinnvoll mitarbeiten können – online und offline. Wir brauchen die Expertise von Frauen und werden daher eine gründliche, wissenschaftlich begleitete Analyse unserer Strukturen, Arbeitsweisen und innerparteilichen Kultur vornehmen, um zu prüfen, welche Hürden die Einbindung von Frauen in verantwortlichen Positionen unserer Partei erschweren. Aus dieser Analyse, deren Ergebnisse wir veröffentlichen werden, sind konkrete Maßnahmen und Beschlüsse zur Erreichung der genannten Ziele abzuleiten.
- Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der SPD bleibt eine Aufgabe aller Parteigliederungen. Was wir programmatisch fordern, müssen wir auch innerhalb der Partei leben. Nur so können wir auch glaubwürdig sein. Den politischen Inhalten muss nun auch das Bild der SPD als moderne und vielfältige Partei folgen!
- Die gesamte SPD-Parteiführung muss konsequent für die Gleichstellung von Frauen und Männern eintreten. Einerseits muss sie gleichstellungspolitische Themen vorantreiben und überzeugend nach außen vertreten. Andererseits müssen alle Verantwortlichen – Haupt- wie Ehrenamtliche – auf allen Ebenen der SPD dafür sorgen, dass wir auch in der Partei leben, was wir für Wirtschaft und Gesellschaft zu Recht einfordern. Nur so können wir Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Dazu gehört auch, dass die Quote bei der Besetzung von Parteigremien, bei Delegiertenwahlen und Listenaufstellungen eingehalten wird und Wahlen, die den Vorgaben nicht entsprechen, nicht akzeptiert werden.
- Jede Parteiebene muss ihre jeweilige Verantwortung für die innerparteiliche Gleichstellung wahrnehmen und die jeweils darüber liegende Parteiebene muss überprüfen, dass

dies auch geschieht. Wir werden mit den Bezirken und Landesverbänden beraten, wie wir das in Zukunft sicherstellen können.

IV.1. Die SPD für das digitale Zeitalter aufstellen

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft und damit auch die politische Kommunikation und Willensbildung fundamental. Für Parteien bieten sich dadurch enorme Chancen, wenn sie den Wandel begreifen und Veränderungen vornehmen. Wir werden die SPD in den kommenden Jahren strukturell und organisatorisch für das digitale Zeitalter aufstellen und dabei immer darauf achten, dass analoge und digitale Strukturen sich ergänzen und nicht gegeneinander ausgespielt werden.

„Die SPD muss in sich - also auch die Mitglieder untereinander - einen wertebasierten, offenen und vertrauensvollen persönlichen Zugang zu einander finden. Dazu braucht es eine mitgliederaktive Plattform.“ (via e-mail)

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2015 haben wir mit #DigitalLeben ein Grundsatzprogramm für die Digitale Gesellschaft beschlossen, das programmatisch einen zukunftsweisenden Rahmen für unsere inhaltliche Arbeit liefert. Aus den Erfahrungen der Entwicklung des Grundsatzprogramms, das online und partizipativ entwickelt wurde, können wir bei der Erneuerung unserer Partei profitieren.

„Nicht nur digital kommunizieren, sondern die Stränge digital und analog zusammenführen.“ (Dialogveranstaltung Berlin)

Die Digitalisierung der Partei wird unter der Leitung des Generalsekretärs oder der Generalsekretärin in Rücksprache mit den Landesverbänden und Bezirken konsequent vorangetrieben. Wir werden dabei Denkräume schaffen, um kreative digitale Köpfe in und außerhalb der SPD in diesen Prozess einzubeziehen. Wir wollen Parteiarbeit neu denken und die Ergebnisse in den Erneuerungsprozess einfließen lassen. Erfolgreiche Formate, wie den „Hackathon“ im Willy-Brandt-Haus, werden wir wiederholen deren Ergebnisse für die Parteiarbeit nutzen und das Know-How langfristig an unsere Partei binden.

„Nicht nur Inhalte „senden“, sondern Inhalte „empfangen“ – über neue Partizipationsformen z.B. über das Internet (mit Antragsrecht).“ (Dialogveranstaltung Wolfsburg)

In einem ersten Schritt wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Unser Ziel ist, die Parteiarbeit durch die weitere Digitalisierung aller Strukturen effizienter, professioneller, offener und partizipativer zu gestalten. Der Parteivorstand prüft die Möglichkeiten zur Einrichtung einer digitalen Anlaufstelle für alle Mitglieder, etwa in Form einer App, zur Vereinfachung aller organisatorischen und inhaltlichen Aspekte der Parteiarbeit. Wir wollen dadurch auch die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten stärken und zu programmatischen und organisatorischen Fragen regelmäßig ein Meinungsbild der Mitglieder einholen.
- Wir wollen unseren Mitgliedern neue Möglichkeiten eröffnen, sich digital, themenbezogen und zeitlich flexibel in unserer Partei zu engagieren. Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, bis spätestens 2019 die Einrichtung einer begrenzten Anzahl onlineorganisierter Themenplattformen durchzuführen. Die Themenplattformen ermöglichen die ortsungebundene Teilhabe an politischen Prozessen und stärken den inhaltlichen Diskurs in unserer Partei. Dies wird den Anteil der aktiven Mitglieder, die sich bisher in den bestehenden Strukturen nicht wiederfinden, deutlich erhöhen. Die Themenplatt-

formen erhalten ein Antragsrecht auf dem Bundesparteitag. Die Forderung, den Arbeitsgemeinschaften und Themenplattformen Delegiertenrechte zu übertragen, wird von der Organisationspolitischen Kommission geprüft.

- Wir werden ein Online-Ideenmanagement entwickeln, um die Kreativität und die Innovationskraft unserer Mitglieder für die Erneuerung unserer Partei zu nutzen. Wir wollen die Arbeitsabläufe, die Kommunikation und die Arbeit vor Ort auf allen Ebenen verbessern. Dafür werden wir Ideen sammeln und diese transparent bewerten und bearbeiten.
- Wir wollen die digitalen Kompetenzen unserer Haupt- und Ehrenamtlichen auf allen Ebenen stärken. Dafür werden wir die digitale Expertise der Parteischule weiter ausbauen. Wir wollen zudem, dass Haupt- und Ehrenamtliche von den Erfahrungen aus anderen Regionen profitieren und ein unkomplizierter Austausch über erfolgreiche Formate und Ideen (best practice) ermöglicht wird.
- Die Parteizentrale in Berlin wird sich gemeinsam mit den Bezirks- und Landesverbänden neuen digitalen Organisationsmöglichkeiten, wie kollaborativen Projektmanagement- und Kommunikationstools öffnen, um neue, kreative Potenziale freizusetzen. Gleichzeitig ermutigen wir unsere Mandats- und Amtsträger neue digitale Dialogformen für ihre Arbeit zu nutzen, um direktes Feedback für ihre Arbeit einzuholen.

IV.2. Antworten auf regionale Schwächen der SPD

Wir haben 299 Bundestagswahlkreise. In diesen leben im Durchschnitt 1.454 Mitglieder; allerdings unterscheiden sich die Wahlkreise stark. Sie schwanken von 5.136 bis zu 148 Mitgliedern. Gerade im Osten finden wir die meisten Wahlkreise mit wenigen Mitgliedern. Die Sozialdemokratie wird ihrem eigenen Anspruch als gesamtdeutsche politisch gestaltende Kraft nicht mehr gerecht. Wollen wir Volkspartei bleiben, können wir uns nicht mit Regionen abfinden, in denen die SPD nicht mehr personell und organisatorisch verankert ist. Hier muss ein konkreter Maßnahmenkatalog entwickelt werden, für die Stärkung der Organisationskraft in allen Regionen der SPD.

Wir werden eine umfassende, datenbasierte Analyse der Wahlergebnisse in 299 Bundestagswahlkreisen vornehmen, um besonders positive und besonders negative Entwicklungen herauszuarbeiten und daraus zu lernen.

Wir wollen die Landesverbände und Bezirke darin unterstützen, Mitglieder zu werben und gezielt Strukturen zu stärken und vor Ort langfristig starke Persönlichkeiten aufzubauen und zu fördern. Gemeinsam mit den Landesverbänden und Bezirken wollen wir Modellprojekte entwickeln, die umsetzbare Konzepte zur Stärkung der örtlichen beziehungsweise regionalen Kampagnenfähigkeit zum Ziel haben. Dabei müssen wir insbesondere die Sozialdemokratie in Süd- und Ostdeutschland stärken, in der unsere Wahlergebnisse inzwischen im niedrigen ein- bis zweistelligen Bereich sind. Hierbei werden wir auch Projekte, wie die Anpackpartnerschaften oder Quartiersbüros, die derzeit in Rheinland-Pfalz erprobt werden, evaluieren und ggf. weiterentwickeln. Ziel ist es, durch die Präsenz vor Ort Vertrauen zurückzugewinnen. Zusätzlich wird eine Analyse der Organisationsformen in anderen politischen Parteien, aber auch in vergleichbaren Organisationen gestartet. Dabei geht der Blick auch in andere Länder. Die Ergebnisse fließen in die weitere Arbeit ein.

IV.3. Ostdeutschland

Will die SPD zu alter Stärke zurückfinden, gilt es, als Partei ein klares öffentliches Bekenntnis zu den besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland zu geben. Es muss darum gehen, die

Lebensleistung der Menschen in Ostdeutschland anzuerkennen und zu respektieren. Deshalb werden wir im Frühjahr 2018 eine öffentlichkeitswirksame Dialogreihe in allen ostdeutschen Landesverbänden mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern starten, um dort über Themen, aber auch die besonderen Erwartungshaltungen der Ostdeutschen an die Politik der SPD, zu diskutieren. Die Themen und Anregungen dieser Dialogreihe werden gesammelt und auf einem SPD-Ost-Konvent im Herbst 2018 verabschiedet.

Neben der Verantwortung, die bei den jeweiligen ostdeutschen Landesverbänden liegt, bedarf es hierfür Strukturen beim Parteivorstand. Hierfür wird zum einen aus den Reihen des Parteivorstandes eine Beauftragte/ ein Beauftragter für die Entwicklung der SPD in Ostdeutschland benannt, die/der durch entsprechende Arbeitsstrukturen im Willy-Brandt-Haus in ihrer/seiner Arbeit unterstützt wird. Der Generalsekretär oder die Generalsekretärin und die/der Beauftragte erarbeiten ein „Zukunftsprogramm Ost“ zur inhaltlichen, organisatorischen und strukturellen Neuaufstellung der SPD-Ostdeutschland, zur besseren Vernetzung der Landesverbände und SPD-Landtagsfraktionen, sowie der Landesregierungen mit SPD-Beteiligung. Das „Zukunftsprogramm Ost“ sollte ebenfalls auf dem SPD-Ost-Konvent im Herbst 2018 verabschiedet werden.

IV.4. Unsere Zielgruppen ansprechen

Moderne Zielgruppenarbeit zeichnet sich darin aus, dass sie sich stetig erneuert und vernetzt. Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD bieten die Möglichkeit, unterschiedliche Milieus und Gruppen der Gesellschaft anzusprechen und bei der Ansprache von Zielgruppen neue Mitglieder für die SPD zu gewinnen. Sie sind wichtige Impulsgeber der Partei aus ihren jeweiligen Fachgebieten, thematischen Schwerpunkten und Zielgruppen und bündeln politische Ideen. Sie richten zukünftig noch stärker den Blick auch auf die Einbindung Interessierter ohne Parteibuch. Eltern wissen zum Beispiel, wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Wer im Beruf steht, kennt die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und Solidarität. Wer seine Angehörigen pflegt, ist sachkundig in gesundheitspolitischen Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung.

Insbesondere jungen Frauen müssen Teilhabeangebote gemacht werden, die es ihnen ermöglichen, ihre politischen Schwerpunkte zu formulieren und umzusetzen. Die SPD muss die Partei der jungen Menschen sein. Schon jetzt sind die Jusos die ersten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für jungen Menschen, also Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden oder jungen Facharbeiterinnen und Facharbeiter und Angestellten und – gemeinsam mit den Juso-Hochschulgruppen – von Studierenden. Die Zielgruppenansprache der jungen Menschen durch die Jusos wollen wir weiter stärken, um kontinuierlich junge Menschen in unsere Arbeit und unsere Strukturen einzubeziehen und ihre Ideen aufzunehmen. Dazu gehört, dass wir die Neumitgliederwerbung und die Mitgliederarbeit von SPD und Jusos in Zukunft stärker koordinieren. Wir werden die Arbeit der Jusos auch durch organisatorische Unterstützung ihrer Arbeit vor Ort stärken, z.B. durch Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten mit den Juso-Mitgliedern oder Zugang zu Parteihäusern.

Der Parteivorstand wird zudem die Initiative ergreifen und die Landesverbände und Bezirke bei der Suche nach Lösungen zur Stärkung der Juso-Hauptamtlichkeit in den Gliederungen unterstützen.

Wir wollen vermehrt junge Menschen auf ihrem Weg in die Gremien und Parlamente unterstützen, um jungen Menschen direkt eine Stimme zu geben. Im organisationspolitischen Prozess 2018 sollen die Anliegen der Jusos eine wichtige Rolle spielen. Die Partei muss sich weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihnen ein entsprechendes Angebot ma-

chen. Der Parteivorstand geht hier mit gutem Beispiel voran, auch, in dem er eine „stille Sichtbarkeit“ in seinen Materialien schafft, um die Normalität von Vielfalt zu unterstreichen. Die guten Erfahrungen mit Mentoring-Programmen können zudem als Vorbild für ein erfolgreiches Qualifizierungs- und Vernetzungsmittel dienen. Die Gliederungen werden ermuntert bei ihrer Neumitgliederwerbung gezielt Bürgerinnen und Bürger mit Migrationsbiographie für die sozialdemokratische Idee zu gewinnen.

Die SPD muss mit Selbstbewusstsein und Entschlossenheit auftreten und in ihrer Außenwirkung mehr auf gezielte Aktionen und Veranstaltungen setzen. Politische Ideen werden gemeinsam erarbeitet und orientieren sich daran, dass sie eine politische Umsetzung finden. Nur so lassen sich Menschen begeistern, wenn sie sehen: Die SPD bewegt was!

Deshalb werden wir:

- Gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften an einer besseren Ansprache der Zielgruppen über eine optimierte Datenlage arbeiten.
- Alle Mitglieder befragen, in welchen Arbeitsgemeinschaften sie mitarbeiten möchten. Die Zuordnung zu den Arbeitsgemeinschaften AG 60plus, Jusos und ASF bleibt unberührt.
- Neue Wege suchen mit Menschen zu Themen und Anliegen in den Dialog zu kommen.

Die SPD greift die gesellschaftlichen Veränderungen im Zusammenleben und in der politischen Arbeit auf. Wir nutzen die Chancen, die sich daraus ergeben.

Dies werden wir erreichen: Mit einem Mehr an Beteiligung, mit einem Mehr an Dialogbereitschaft, mit einer modernen Mitglieder- und Zielgruppenarbeit unter Berücksichtigung von neuen digitalen Instrumenten.

Denn nur eine Partei, die sich selbstbewusst den thematischen und organisatorischen Veränderungen stellt und sich täglich anstrengt als Gesamtpartei ein aktiver Part der Demokratie zu sein, ist zukunftsfähig.

IV.5. Internationale Strukturen (SPE, Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, Progressive Allianz und SPD International)

Fortschrittliche Lösungen für viele der Herausforderungen unserer Zeit sind nur in europäischer und internationaler Zusammenarbeit möglich. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament und der Progressiven Allianz (PA) ist daher ein Kernelement unserer auf Gerechtigkeit und Fortschritt zielenden Politik. Die Erneuerung der SPD muss mit der Erneuerung der europäischen Sozialdemokratie insgesamt einhergehen. Dieser Prozess ist mit der Gründung der Progressive Alliance eingeleitet und muss weitergeführt werden. Dazu bedarf es einer weiteren Reform und Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Ferner muss auch in den Blick genommen werden, wie die internationale Zusammenarbeit mit den ausländischen Schwesterparteien gebündelt werden kann. Konkrete Ziele für die internationale Zusammenarbeit:

- Die SPE als zentralen Ort der politischen Koordinierung und strategischen Debatte der europäischen Sozialdemokratie stärken.
- Die innerparteiliche organisatorische Verankerung und Unterstützung der SPD International als globales Netzwerk deutscher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Ausland und als lokaler Transmissionsriemen zu Schwesterparteien weltweit sicherstellen.

- Die direkte Kooperation von Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der Partei mit Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften der SPE-Partner auf allen Ebenen fördern.
- Den gemeinsamen Spitzenkandidaten/die gemeinsame Spitzenkandidatin für die Europawahl 2019 in transparenten und partizipativen Verfahren wählen.
- Eine individuelle Mitgliedschaft in der SPE prüfen.
- Der Ausbau der Progressiven Allianz als Debattenort für langfristige Strategien und globale Konzepte für Fortschritt und Gerechtigkeit.
- Ausbau des internationalen Jugendaustausches.
- Der Parteivorstand wird beauftragt, die Verzahnung des Prozesses #SPDerneuern mit der Weiterentwicklung der europäischen Sozialdemokratie umzusetzen.